

Wirtschaftsdemokratie: Utopie oder unentbehrliche Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft?

In vielen Teilen der Welt, in Griechenland, Spanien, in den USA und auch hier in Österreich, gehen Menschen auf die Straße und fordern Demokratie. Sie haben es satt, einem System ausgeliefert zu sein, dass die Bedingungen diktiert, unter denen sie leben müssen. Wir haben uns die Frage gestellt: Was ist Demokratie, wie könnte sie aussehen und wie können wir können wir eine Demokratisierung unserer Gesellschaft erreichen? In der letzten Ausgabe haben wir uns mit Demokratie in Afrika beschäftigt. In dieser Ausgabe haben wir Bernhard Mark-Ungericht über seine Vision von Wirtschaftsdemokratie befragt. Bernhard Mark-Ungericht ist Professor am Institut für Internationales Management in Graz.

T.T.: In der aktuellen Krise tritt es immer deutlicher zu Tage, wie wenig Spielraum die Demokratie hat. Es wird gesagt: Die Maßnahmen sind hart, aber es führt kein Weg daran vorbei. Wie demokratisch ist unsere Gesellschaft Ihrer Ansicht nach?

Bernhard Mark-Ungericht: Demokratie als abstrakter Wert ist in unserer Gesellschaft fest verankert und allgemein anerkannt. Aber: Wenn wir Demokratie als Praxis betrachten, müssen wir feststellen, dass in einem der zentralsten Bereiche unseres individuellen und gesellschaftlichen Lebens Demokratie systematisch ausgeblendet ist: in der Wirtschaft und am Arbeitsplatz. Wie kann man ernsthaft von einer demokratischen Gesellschaft sprechen, wenn das Definitionszentrum dieser Gesellschaft – die Ökonomie – undemokratisch organisiert ist? Ein kritisches Schlagwort spricht deshalb von der „Halbierten Demokratie“, aber sogar das halte ich noch für zu optimistisch.

T.T.: Was ist Ihre Vision von Demokratie? Wie könnte eine demokratische Gesellschaft aussehen?

Bernhard Mark-Ungericht: Das Wort „demokratia“ wurde im 5. Jahrhundert v. Ch. geprägt und bezeichnete bis zum 19. Jahrhundert einen *politischen* Begriff.

Demokratie war

politische

Demokratie, d.h. sie bezog sich auf die Mitwirkung mehr oder weniger breiter gesellschaftlicher Schichten an der politischen Ordnung. Demokratische Strukturen haben sich in vielen Staaten durchgesetzt, interessanterweise auch in einigen Kirchen (z.B. Schweizer Landeskirchen, Presbyterianische Kirchen etc.). Hinsichtlich der demokratischen Teilhabe haben sich zwei Formen herausgebildet: die direkte und die repräsentative Demokratie, in der die VolksvertreterInnen entweder vom Volk gewählt oder per Los ausgewählt werden.

Im Gegensatz zur politischen Demokratie ist die *soziale* Demokratie ein relativ junges Konzept, das Demokratie als *Zustand der* Gesellschaft versteht. Eine soziale Demokratie ist also eine Grundhaltung einer Gesellschaft, alle Mitglieder der Gesellschaft als gesellschaftlich gleich zu betrachten. Es geht um die Verwirklichung des demokratischen Gedankens, d.h. die Ausdehnung des Demokratieprinzips auf möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche. Demokratie ist hier Lebensform und nicht nur formale Struktur. Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss. Immer wieder und in täglicher Anstrengung.

Eine Demokratie mit freien Wahlen, den besten Institutionen und rechtlichen Regelungen aber ohne Mitbestimmungsrechte in zentralen Lebensbereichen kann keine wirkliche und vor allem keine stabile und lebendige Demokratie sein. Deshalb ist es wichtig, in möglichst allen Bereichen des sozialen Lebens Demokratie zu üben: in Schulen, Universitäten, am Arbeitsplatz, in Vereinen. Die Demokratisierung der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft war für kurze Zeit der common sense aller politischen Parteien in Deutschland und Österreich nach der Erfahrung des Faschismus.

Insbesondere der Deutsche Gewerkschaftsbund war der Überzeugung, dass die politische Losung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ nur über eine Demokratisierung aller Lebensbereiche erfüllbar ist. Artikel 14 und 15 der Deutschen Verfassung sind ein Ergebnis dieser Überlegung. Zu einer konsequenten Umsetzung der Idee der Wirtschaftsdemokratie (Öffentliche Unternehmen, Förderung der Betriebsdemokratie, Mitbestimmungsrechte, Förderung von Genossenschaften und Selbstverwaltungskörperschaften wie die Sozialversicherung etc.) kam es allerdings nach der ersten Bundestagswahl 1949 und dem Sieg der rechts-liberalen Koalition in Deutschland nicht.

Wie eine solche demokratische Gesellschaft aussehen soll, kann nur gemeinsam entwickelt werden. Wichtiger als das „Wie“ ist vielleicht das „Warum“. Warum sollten wir ein Interesse an einer tatsächlichen Demokratisierung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse haben?

Erstens ist eine Demokratisierung der Ökonomie zentral für den Abbau einer unerträglichen gesellschaftlichen Ungleichheit. In einer Demokratie müssen gute Gründe für Regeln angeführt werden und sie müssen als solche akzeptiert werden. Einkommensrelationen zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Lohn in ein und demselben Unternehmen von 1 zu 600 lassen sich natürlich nicht begründen und legitimieren.

Zweitens, Demokratisierung ist ein wesentlicher Beitrag zur Humanisierung der Arbeit. Das Gefühl, am Arbeitsplatz nur Mittel für fremde Zwecke zu sein, einer Ordnung ausgesetzt zu sein, ohne diese mit beeinflussen zu können, zunehmender Stress, Zeitdruck und Überlastung etc. sind heute die wichtigsten Faktoren für psychische Erkrankungen.

Drittens, es besteht eine starke Tendenz seit drei Jahrzehnten, dass mächtige wirtschaftliche Akteure durch ihr Verhalten und die Regeln, die sie einführen und durchsetzen, einen Abbau von gehaltvoller Demokratie bewirken: Transnationale Unternehmen und internationale Organisationen und Regelwerke wie die WTO oder multilaterale Wirtschaftsabkommen. Es kommt zu einer schleichenden Aushöhlung der Demokratie.

T.T.: Sie haben gesagt, die Demokratie ende vor den Toren der Fabriken und Unternehmen. Sind eine demokratische Mitbestimmung durch ArbeiterInnen und KonsumentInnen und eine effiziente Wirtschaftsweise ein Widerspruch?

Bernhard Mark-Ungericht: Diese Frage wird hoffentlich im historischen Rückblick so absurd erscheinen, wie die Frage, ob Frauen studieren oder wählen dürfen zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Es gibt meiner Meinung nach keinen Grund, diesbezüglich das Anspruchsniveau zu senken. Eine demokratische Gesellschaft ist ohne eine demokratische Wirtschaft utopisch. Demokratie bedeutet im Kern ja Teilhabe an dem, was einen selbst betrifft.

T.T.: Als Beispiel für funktionierende Wirtschaftsdemokratie haben Sie den Konzern Mondragón angeführt. Aber auch selbstverwaltete und kooperative Betriebe sind den Gesetzen des Marktes und der Konkurrenz unterworfen. Inwiefern können uns solche Beispiele eine Alternative aufzeigen?

Bernhard Mark-Ungericht: Sie können eine sehr wichtige Alternative bieten. Zum einen sind sie lebende Beispiele dafür, dass Wirtschaften auch anders funktionieren kann. Dass Solidarität, Gemeinwohlorientierung, Demokratie keine Konzepte sind, die „der Wirtschaft“ entgegenstehen. Sie können zweitens wichtige Anregung liefern für die Fragen: Was wollen wir eigentlich für eine Wirtschaft? Was ist die Funktion von Wirtschaft? Was läuft falsch? Was wäre zu verändern? Wir sind ja gegenwärtig Opfer einer unglaublichen Gehirnwäsche, der wir permanent ausgesetzt sind und die wir uns über das mantraartige Wiederholen der zentralen Glaubenssätze gegenseitig „angedeihen“ lassen. Diese Gehirnwäsche hat eine zentrale

Grundaussage: Es gibt keine Alternative, es gibt nur eine einzige (natürliche) Form von richtigem Wirtschaften. Interessen werden dabei ausgeblendet, aber das ist immer so bei Ideologien.

Aber es ist auch klar, dass sich derartige Unternehmen unter Rahmenbedingungen, die systematisch diejenigen bevorzugen, die rücksichtslos Kosten für die Allgemeinheit produzieren und diese externalisieren (im Umwelt- und Sozialbereich), schwerer tun. Aber das ist eine grundlegende Frage: Wenn wir Unternehmen wollen, die sich gesellschaftlich verantwortlich verhalten, dann müssen wir auch über entsprechende Rahmenbedingungen nachdenken und uns von der Fiktion trennen, dass der undemokratische aber angeblich „freie“ Markt schon irgendwie zum Allgemeinwohl beitragen werde.

Die **Mondragón Corporación Cooperativa (MCC)** im spanischen Baskenland gilt als eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Modelle demokratischer Arbeitsorganisation.

Zur MCC gehören Unternehmen verschiedener Sektoren wie Maschinenbau, Automobilindustrie, Haushaltsgeräte, Bauindustrie, Einzelhandel (Supermarktketten), Banken und Versicherungen. Die Idee stammt vom Priester José Maria Arizmendiarieta, der im Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner gegen den Faschismus kämpfte. Weil die Stadt unter Massenarbeitslosigkeit litt, beschloss Arizmendiarieta, das Elend der Bevölkerung mit genossenschaftlichen Strukturen der Selbsthilfe zu mindern. 1943 gründete er dann eine demokratisch organisierte technische Fachhochschule. Von Absolventen dieser Fachhochschule wurde Caja Laboral Popular ins Leben gerufen, eine Sparkasse, die genossenschaftliche Neugründungen durch Kredite mit niedrigen Zinssätzen finanziert.

Heute umfasst der Genossenschaftsverbund ca. 120 Genossenschaften (Industriegenossenschaften, eine Konsumgenossenschaft, Landwirtschafts-, Wohnbau- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie Forschungs- und Ausbildungszentren und eine Universität) mit über 70.000 Beschäftigten, 80% davon sind Vollmitglieder der Genossenschaften. Die Nettogewinne werden in regionale Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen reinvestiert. Allerdings hat die Größe des Unternehmens Widersprüche zwischen den demokratischen Idealen und der betriebswirtschaftlichen Wirklichkeit hervorgebracht, so dass es sich heute nicht mehr allzu sehr von anderen Konzernen unterscheidet. Dennoch hat die Schaffung von Arbeitsplätzen immer noch Vorrang vor Kapitalinteressen. Seit der Gründung der Genossenschaft bis heute wurde kein Stellenabbau durchgeführt.

erschienen in Talktogether Nr. 38/2011

